

Ausgabe Sommer 2013

... immer in
Bewegung:
Die Familie

B&E

Das bildungspolitische Magazin
des VBE-Bundesverbandes



Verband Bildung und Erziehung

VBE

Familienleben ist eine dynamische Angelegenheit.

Das war so, ist so – und wird vermutlich so bleiben. Komme in der Gesellschaft was wolle. In der Familie gilt es, Balancen zu finden zwischen so vielen Interessen: Genotyp und Phänotyp, Kindern und Eltern, Innenwelt und Außenwelt, Schule und ...

Familie ist nichts Stabiles, auch wenn sie dem Einzelnen Halt und Orientierung gibt. Vermutlich ist das so, weil die Familie so wandlungsfähig ist, wie sich auch in dieser B&E-Ausgabe zeigt.



- 4 Kinder brauchen Hilfe. Eltern auch
von Jutta Allmendinger und Marcel Helbig
- 9 Meinung:
Schulsozialarbeit nachhaltig finanzieren
von Udo Beckmann
- 10 Praxis:
Väter ermutigen, von Anfang an dabei zu sein
Interview mit Dr. Robert Richter
- 12 Ich bin eine Vollblut-Teilzeit-Mutter!
von Daniela Jansen
- 14 Blickpunkt
„Mit Kindern nicht vereinbar“
von Gisela Kirschstein
- 16 VBE-Magazin
- 18 VBE in den Ländern
- 24 Die Kehrseite

Liebe Leserinnen und Leser,

was ist heute noch eine Familie? Das Pädagogikstudium der Lehrerinnen und Lehrer hat sich – möglicherweise vor vielen Jahren – mit den zentralen Fragen der Familiensoziologie und Familienpsychologie befasst. Aus dieser Zeit sind uns noch viele Fakten, Begriffe und Vorstellungen bekannt – von der „Kleinfamilie“ der Moderne und der „Großfamilie“ des Mittelalters, von „unvollständiger Familie“, vom „Funktionsverlust“ oder – besser – „Funktionswandel“ der Familie, von der „Institution“ Familie ... alles Begrifflichkeiten, die unmittelbaren Bezug zur pädagogischen Arbeit von der Kita über die Schule bis zur Universität haben. Die Familie als Kern eines pädagogischen Netzwerks?

Dass die Familien sich in den letzten Jahrzehnten gewaltig verändert haben, das haben wir oft am eigenen Leib selbst erfahren. Nicht zuletzt in Schule und Unterricht. Die Familienpolitik der Regierung(en) ist da oft nur hinterher gerudert, und die Bildungspolitik auch.

Was sich geändert hat und mit welchen Konsequenzen für Bildung und Erziehung, das lesen Sie in dieser Ausgabe von B&E, wie immer verfasst von kompetenten Autorinnen und Autoren.

Viel Spaß beim Lesen. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen.

Ihre B&E-Redaktion



Kinder brauchen Hilfe. Eltern auch

Jutta Allmendinger und Marcel Helbig

Wird man heute zu einem 75. Geburtstag eingeladen, so trifft man leicht auf fünfzig bis sechzig Menschen. Alle gehören zur Familie: Geschwister, Cousinsen, Kinder, Neffen, Enkel, manchmal sogar Urenkel, eine große Altersspanne. Einige wenige Familienmitglieder, meist Männer, sind schon verstorben. Die dem Geburtstagskind folgende Generation ist groß und nahezu vollständig. Oft hat sich die Familie sogar vergrößert. Die um 1960 Geborenen, die Babyboomer, prägten den Begriff der Patchwork-Familie und füllten ihn mit Leben: Neben dem Sohn und seiner ersten Ehefrau sitzt nun die zweite, neben der Tochter und ihrem ersten Mann ihr neuer Freund mit seinem Kind. Die dritte Generation ist bereits kleiner. Einige Söhne und Töchter leben mit ihren Partnern und Ehepartnern zusammen, deutlich zunehmend auch mit gleichgeschlechtlichen Partnern. Viele leben aber auch alleine. Einige haben keine eigenen Kinder, manche nur eines, sehr wenige drei und mehr. Die vierte Generation kann man an einer Hand abzählen – dies liegt auch daran, dass bei Weitem noch nicht alle der zwischen 1980 und 1990 Geborenen bereits Kinder haben.

Wenn die Kinder der Babyboomer ihren 75. Geburtstag feiern, werden die Feste anders aussehen. Der Familienkreis wird kleiner sein, der Altersdurchschnitt erheblich höher. Viele Gäste werden weit über 80 Jahre alt sein. Unsere Geburtstagskinder werden sich allein schon deswegen jünger fühlen. Es geht ihnen gesundheitlich aber auch besser als den 80-Jährigen von heute. Die Jüngeren haben immer kleinere Familien. Die Alterspyramide hat sich innerhalb von drei Generationen auf den Kopf gestellt.

2013 ist das Jahr der Demografie. Die Medien berichten. Ausstellungen mit den Erkenntnissen der Wissenschaft gehen auf Tour: die MS Wissenschaft, das Ausstellungsschiff des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, steuert unter dem Motto: „Den Wandel gestalten“ über 40 Städte in Deutschland und Österreich an. Zielgruppe sind vor allem Schulklassen, die einen Einblick bekommen sollen in die vielfältigen Themen rund um Geburtenrate, Sterberate und Zuwanderung – die drei großen Bestimmungsgrößen der demografischen Entwicklung. Das gleiche Ziel verfolgt eine Ausstellung der Leibniz-Gemeinschaft, die in sechs unterschiedlichen Museen zu sehen ist. Es ist wichtig, dass wir uns Gedanken über unsere Zukunft machen.

Die Homogamie nimmt zu

Denn nicht nur die Alterspyramide schichtet sich um. Der gerade erschienene Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt, wie sehr sich das Vermögen der Haushalte auseinander entwickelt. 75. Geburtstage im Jahr 2030 werden nicht nur völlig anders aussehen als 2013, sie werden sich auch untereinander viel stärker unterscheiden als heute – in Essen und Trinken, im Programm, im Ambiente. Die unterschiedlichen sozialen Schichten feiern ihre Feste jeweils alleine. Für die gesellschaftliche Entmischung gibt es mehrere Gründe. „Gleich und gleich gesellt sich gern“, das gilt heute mehr denn je. Gut gebildete Menschen leben mit gut gebildeten Menschen zusammen. Der Chef mit seiner Sekretärin – das gibt es immer seltener und wenn, dann hat auch die Sekretärin einen Hochschulabschluss. Ihrerseits leben auch gut gebildete Frauen nur selten mit Partnern zusammen, die eine niedrigere Bildung und Ausbildung haben. Um den Fachausdruck zu benutzen: Die Homogamie nimmt zu. Zur stärkeren Homogamie kommt die höhere Erwerbstätigkeit der Frauen: Frauen tragen in stärkerem Maße ihre guten Bildungsabschlüsse zu Märkte, aus den traditionellen Ein-Verdiener-Haushalten werden so Doppelt-Verdiener-Haushalte. Bei gut gebildeten Paaren erhöhen sich die Einkommen deutlich.



Mindestens zwei weitere Punkte sind für die steigende Ungleichheit zwischen Familien verantwortlich. In Deutschland wird der soziale Status besonders stark von Generation auf Generation übertragen. Gut situierte Familien kommen meist aus ebenso gut gestellten Familien und haben oft beachtliche Erbschaften zu erwarten. Haushalte der unteren Einkommenschichten dagegen wissen oft nicht, wie sie die Pflege ihrer Eltern finanzieren können. Außerdem erlauben die niedrigen Geburtenraten Eltern aus sozial gut gestellten Schichten, für das eigene Kind hohe Ausgaben zu tätigen. Wenn man sich nun noch vergegenwärtigt, dass gute Bildung und eine finanziell solide Lage deutlich mit der Lebenszufriedenheit und der Gesundheit zusammenhängen, sind wir wieder bei unserer Geburtstagsfeier. Wir können uns nun gut vorstellen, wie unterschiedlich die Geburtstagsfeste aussehen werden. Nicht nur bei den Senioren von morgen, auch bei ihren Kindern und Kindeskindern.

Besiegt der Schock den Teufelskreis?

Die erste PISA-Studie war ein doppelter Schock für die deutsche Bildungsrepublik. Zerstört wurde das deutsche Selbstverständnis, eines der besten Schulsysteme der Welt zu haben. Erschüttert wurde die feste Überzeugung, dass Kinder gemäß ihren Leistungen und Fähigkeiten benotet und gefördert werden. Deutlich wurden das hohe Ausmaß an Bildungsarmut, der kleine Anteil von Schülerinnen und Schülern mit hohen Kompetenzen, vor allem aber die große Abhängigkeit der Bildungschancen und Bildungsergebnisse von der sozialen Herkunft. Deutschland, so musste man feststellen, hatte nicht das beste Schulsystem, sondern das Schulsystem mit der höchsten sozialen Ungleichheit.



Förderung und



6

Das schlechte Abschneiden Deutschlands im internationalen Vergleich war der Ausgangspunkt oft überstürzter und hektisch durchgeführter Maßnahmen. Auf eine Reform folgte die nächste. Den Schulen wurde mehr Autonomie zugesprochen, die Schulleiter sollten ihre Führungsfähigkeit stärken. Die Lehrer sollten höhere didaktische und fachspezifische Kompetenzen erhalten und die Unterrichtsqualität erhöhen. Leistungstests zur Eigenevaluation der Lehrer wurden eingeführt (VERA). Zum Dreh- und Angelpunkt jeder bildungspolitischen Debatte wurde das Zauberwort von der „individuellen Förderung.“

Hat es gewirkt? Mit all diesen Maßnahmen versuchte man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Das Leistungsniveau sollte erhöht und die soziale Ungleichheit zwischen den Kindern verringert werden. Tatsächlich hat sich seit Erscheinen der ersten PISA-Studie das Leistungsniveau leicht verbessert. Der Teufelskreis der hohen Chancenungleichheit wurde jedoch nicht durchbrochen. Kinder aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss hat, haben eine fast 17-mal höhere Chance, nach der Grundschule das Gymnasium zu besuchen, als Kinder, deren Eltern höchstens einen Hauptschulabschluss haben. Diese Zahlen beziehen sich auf 2009. Betrachtet man die Entwicklung über die letzten 20 Jahre, so hat sich die Ungleichheit sogar verstärkt: 1989 betrug das Chancenverhältnis noch 14 zu 1.

Kinder brauchen Hilfe. Eltern auch.

Der bessere Schulerfolg von Kindern, deren Eltern einen Hochschulabschluss haben, wird damit erklärt, dass diese Familien über mehr kulturelles, ökonomisches und soziales Kapital verfügen als Eltern mit einer niedrigeren Bildung. Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben bereits vor der Geburt schlechtere Startbedingungen. Der „Kinder- und Jugendgesundheitsurvey“ des Robert-Koch-Instituts stellt fest, dass von allen Müttern insgesamt 18 Prozent angeben, während der Schwangerschaft geraucht zu haben. In niedrigen sozialen Schichten sind es 31 Prozent, in hohen sozialen Schichten 8 Prozent. Dieses Risiko setzt sich im weiteren Lebensverlauf fort.

Kinder im Alter zwischen null und sechs Jahren aus sozial schlecht gestellten Elternhäusern leben rund achtmal häufiger in Wohnungen, in denen geraucht wird, als Kinder aus besser gestellten Elternhäusern. Der Anteil von drei- bis zehnjährigen Kindern, die weniger als einmal die Woche Sport treiben, ist in niedrigen Sozialschichten fast viermal höher als in höheren Sozialschichten. Diese Kinder haben außerdem ein etwa dreifaches Risiko übergewichtig zu sein, was auch auf eine ungesunde Ernährung zurückzuführen ist. Hinzu kommt, dass Kinder aus bildungsfernen Familien seltener in eine Kita gehen, zudem in einem späteren Lebensalter und seltener Vollzeit. Man weiß aber, dass gerade diese Kinder von einem frühen Kita-Besuch profitieren würden.

Diese Liste frühzeitiger Benachteiligungen von Kindern aus weniger gebildeten Schichten ließe sich noch seitenweise fortführen. So ist das Risiko einer Scheidung in diesen Familien größer als in bildungsnahen Familien, und damit auch von Belastungen, die diese Kinder bewältigen müssen. Eltern in sozial schlecht gestellten Migrantenfamilien sprechen mit ihren Kindern häufig kein Deutsch. Es ist ganz offensichtlich, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten früh mit vielen Faktoren konfrontiert werden, die ihre Bildungs- und Lebenschancen stark beeinträchtigen.

Chancengerechtigkeit zu erzeugen, muss auch die Aufgabe einer aktiven Familienpolitik sein. Hier ist ein Paradigmenwechsel nötig. Familienpolitik hat sich an drei Zielen zu orientieren: der wirtschaftlichen Stabilität von Familien, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und – für diesen Beitrag von zentraler Bedeutung – der Förderung von Kindern. Die Wahlfreiheit der Eltern kann kein Ziel von Familienpolitik sein. Denn diese führt dazu, dass Kinder häufig nicht gefördert werden. Sie gehen nicht früh in die Kitas, obgleich belegt ist, wie gut diese für die kindliche Entwicklung sind (keine wissenschaftliche Studie belegt das Gegenteil). Warum denken wir nicht ernst und ehrlich über eine Kita-Pflicht nach? Warum verteilen wir die rund 200 Milliarden Euro, die jährlich für Familienleistungen ausgegeben werden, im Gießkannenprinzip und fördern damit sogar Maßnahmen, die dezidiert kinderfeindlich sind?

Chancengerechtigkeit

B & E 2 | 2013

7

Ein Beispiel hierfür ist das Betreuungsgeld. Dieses wurde bereits 2006 in Thüringen eingeführt und kürzlich evaluiert. Alle Befürchtungen wurden bestätigt: Das Betreuungsgeld wurde in Thüringen vor allem durch bildungsferne Familien, Familien mit niedrigen Einkommen und von Alleinerziehenden in Anspruch genommen. Selbst ältere Geschwister im Alter von drei bis vier Jahren, für die es in Thüringen kein Betreuungsgeld gibt, wurden aus der Kita genommen. Das können wir nicht wollen.

Auch in der Schulpolitik muss sich vieles ändern. Anzusetzen ist etwa an unseren Teilzeitschulen. Nach Schulende unterscheiden sich die Lebensräume der Kinder sehr: Über ein Drittel der Kinder aus sozial schwachen Familien verbringen mehr als drei Stunden am Tag vor dem Fernseher oder vor Videos. Bei Kindern aus Familien mit höherem Sozialstatus sind es rund 13 Prozent. Der Anteil von Grundschulen mit Ganztagsbetrieb hat sich zwischen 2002 und 2010 zwar auf 44 Prozent vervierfacht. Der Anteil von gebundenen Grundschulen, in denen die Schüler verpflichtet sind, am Ganztagschulbetrieb teilzunehmen, liegt aber bei unter vier Prozent. Insgesamt wurden somit nur 22 Prozent aller Grundschüler ganztägig beschult. Eine verpflichtende Ganztagsbeschulung würde vor allem Kinder aus bildungsfernen Familien in ihrer Entwicklung unterstützen, ohne Kindern aus bildungsnahen Familien zu schaden. Warum handelt man nicht?

Ein weiteres Beispiel: In einigen Bundesländern wird den Eltern die Möglichkeit gegeben, selbst zu entscheiden, ob ihre Kinder nach der Grundschule auf ein Gymnasium gehen. In diesen Bundesländern ist der Übergang auf die weiterführenden Schulen sozial selektiver als in Bundesländern, in denen die Schulempfehlung bindend ist. Gut gebildete Eltern setzen aufs Gymnasium. Ihre Kinder haben bei gleichen oder sogar schlechteren Leistungen die Chance auf eine bessere Förderung.

Man muss Eltern aufklären, wie entscheidend Bildung für ihre Kinder ist und ihnen den Mut geben, diesen Weg auch zu gehen. Man muss den deutschen Sonderweg beenden und allen Kindern eine längere gemeinsame Schulzeit ermöglichen.

Bildung ist Menschenrecht. Der demografische Wandel erfordert, dass wir alle mitnehmen. Der Arbeitsmarkt braucht gut ausgebildete Menschen. Die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft wird überreizt, wenn wir sehenden Auges deren Spaltung vorantreiben. Eltern die Wahlfreiheit zu geben, bringt den dringend benötigten sozialen Wandel nicht voran. Wir alle müssen daran arbeiten, unseren Kindern die gleichen Chancen zu geben. Wir wollen schließlich Geburtstage in Zukunft zusammen feiern.

Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Dr. Marcel Helbig
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
www.wzb.eu

Lesetipps:

Allmendinger, Jutta (2012). *Schulaufgaben. Wie wir das Bildungssystem verändern müssen, um unseren Kindern gerecht zu werden.*

München: Pantheon

Helbig, Marcel (2012). *Sind Mädchen besser?*

Der Wandel geschlechtsspezifischen Bildungserfolgs in Deutschland. Frankfurt/New York: Campus



PÄDAGOGIK

Jetzt testen!
3 Hefte nur 10 €

8

Anregungen für guten Unterricht,
Konferenzen und Schulentwicklung

Möchten Sie die **PÄDAGOGIK** kennenlernen?
Dann bestellen Sie das besonders günstige
Test-Abonnement:

Die nächsten Hefte für nur 10 € (portofrei)

- Beltz-Medienservice
Postfach 10 05 65
D - 69445 Weinheim
- Telefon: +49 (0)6201/6007-330
- Fax: +49 (0)6201/6007-331
- E-Mail: medienservice@beltz.de

www.beltz.de/paed-testabo

www.beltz-paedagogik.de



BELTZ

Sie geben alles. Wir
geben alles für Sie:
mit unserer Dienstun-
fähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Unsere Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung bietet
Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✓ Bedarfsgerechter Dienstunfähigkeitschutz speziell für Lehrer/-innen
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar
- ✓ Ihr persönlicher Vorsorge-Check online

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de
oder Telefon 0800 166 55 94.



Jetzt Vorsorge-Check machen

Empfohlen vom

dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



Ein Unternehmen der AXA Gruppe **AXA**



Udo Beckmann,
Bundesvorsitzender
des Verbandes
Bildung und
Erziehung (VBE)

Schulsozialarbeit nachhaltig finanzieren

Das Jahresende 2013 wird nach heutigem Stand eine bittere Pille für die Schulsozialarbeit in den Kommunen bereithalten. Dann sollen nämlich die Bundesmittel, die im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung für benachteiligte Kinder für mehr Schulsozialarbeit zur Verfügung standen, auslaufen. Der Bund will sich unter Hinweis auf die Verantwortung von Ländern und Kommunen aus einem Projekt, das sich nachweislich bewährt hat, zurückziehen. Erneut erleben wir: Maßnahmen werden angeschoben, erfolgreich genutzt und dann trotzdem eingestampft. Das hat nichts mit Nachhaltigkeit und verantwortungsvoller Bildungspolitik zu tun, ist aber durch das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich gedeckt.

Der VBE unterstützt daher den Bundesratsbeschluss, die Finanzierungsbefristung für den Bund im SGB II aufzuheben. Vor allem Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld sind auf diese Unterstützung angewiesen. Das Bildungs- und Teilhabepaket zielt darauf, die Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungschancen zu entkoppeln. Und schließlich war genau dies die Intention der Protokollvereinbarung von Bund und Ländern im Februar 2011, die Umsetzung des Bildungspakets zu forcieren durch mehr Schulsozialarbeit vor allem in Brennpunktbezirken, in denen besonders viele Kinder mit Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket leben.

400 Millionen Euro zahlt der Bund von 2011 bis 2013 für Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horten. Die Länder setzen allerdings das befristete Geld, das nur ungenau zweckgebunden ist, auf sehr verschiedene Weise ein. Teils wurde auf die bestehende Schulsozialarbeit vor allem in Brennpunkten eins drauf gesetzt, teils aber wurde Schulsozialarbeit aus dem eigenen Etat partiell herausgenommen und mit Bundesmitteln finanziert. Letzteres verletzt die Zielsetzung der Vereinbarung aus dem Februar 2011.

Die Kritik in Richtung Länder lautet: Die vereinbarte Anschlussfinanzierung der Schulsozialarbeit nach 2013 haben sie nicht angepackt und stattdessen mit Blick auf ihre Haushalte vor sich hergeschoben. Die Leidtragenden sind die beschäftigten Schulsozialarbeiter und ausgerechnet die Kinder, die sowieso eher am Rande der Gesellschaft stehen.

An diesem Beispiel wird erneut deutlich, wie dringend erforderlich es ist, dass das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern fällt und damit wieder die Möglichkeit eröffnet wird, dass der Bund – in Absprache mit den Ländern – finanziell in die Verbesserung von Bildungsstrukturen investieren kann. Die Erfahrung zeigt aber auch, dass die Bundesmittel sehr konkret an den Bildungszweck gebunden werden müssen. Die Kulturhoheit der Länder darf kein Freibrief sein, die eigene Verantwortung fremdfinanzieren zu lassen. Kritik aus den Ländern am Bund ist deshalb genau zu prüfen, denn Fakt ist, bisher ist keine Zwei-Drittel-Mehrheit in Sicht, um das Kooperationsverbot in ein Kooperationsgebot zu wandeln.

Udo Beckmann
VBE-Bundesvorsitzender
u.beckmann@vbe.de

Vertrauen in die eigenen

10

Väter ermutigen, von Anfang an dabei zu sein

Nachgefragt bei Dr. Robert Richter vom
Väter-Experten-Netz-Deutschland e. V.



Dr. Robert Richter, Jg. 1969, ist Diplom-Pädagoge, systemischer Berater, verheiratet und Vater von zwei Kindern (14 & 10). Er arbeitet seit vielen Jahren in der Bildungs- und Beratungsarbeit mit Männern, Jungen, Vätern und Familien und in der Jugend- und Familienhilfe. Er gibt Fortbildungen und Seminare zu Väterthemen mit Schwerpunkt Übergang zur Vaterschaft und hat 2012 zum Thema „Väter in Elternzeit“ promoviert.

Dr. Richter ist Autor von Fachbüchern, Artikeln und Ratgebern zu Väter- und Familienthemen. Er hat 2005 gemeinsam mit Eberhard Schäfer „Das Papa-Handbuch“ (Gräfe und Unzer) veröffentlicht, das im Herbst als Neuüberarbeitung erscheint.

Infos und Kontakt: www.robert-richter.net

Wie wünscht sich ein Vater den Kontakt zur Bildungseinrichtung, in die sein Kind geht?

Väter wollen als Erziehende wahrgenommen werden. Es ist wichtig, dass Väter auch verbal angesprochen und namentlich eingeladen werden. Ich habe es in einer Kita häufig erlebt, dass alle begeistert sind, wenn auch Väter da sind, aber dann werden nur die „Muttis“ einbezogen. Zur Ansprache gehört es dann auch, auf passende Zeiten zu achten und Elterngespräche oder Veranstaltungen so zu legen, dass Väter und Mütter, die in Vollzeit arbeiten, auch teilnehmen können. Nur so können Erziehungspartnerschaften zwischen Müttern und Vätern mit Erzieherinnen und Erziehern bzw. Lehrkräften in Schulen entstehen, die alle einbeziehen. Bildungseinrichtungen für Kinder sollten auch die Möglichkeit bieten, dass Eltern untereinander Kontakte entwickeln oder Väter sich vernetzen können. Väter ermutigt es zudem, wenn sie sehen können, dass die Erziehung des Kindes in der Kita nicht nur Frauensache ist, daher gilt es unbedingt mehr Männer für den Beruf des Erziehers zu begeistern. Väter sind heute oft verunsichert, weil sie „irgendwie neu“ sein wollen, aber in der Generation ihrer Väter wenig Vorbilder finden, an denen sie sich in ihren Ansprüchen an Erziehung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf orientieren könnten. Deshalb ist es so bedeutsam, wenn Väter die Möglichkeit bekommen, sich untereinander darüber auszutauschen, wie sie Väter sein wollen, was gut läuft und wo sie Schwierigkeiten haben. Zu sehen, wie es andere machen, hilft da oft.

Wie steht es um die Kontakte von Vätern zur Kita bzw. zur Schule?

Nach traditionellen Rollenbildern wächst das Interesse von Vätern an der Bildungskarriere ihrer Kinder mit deren Lebensalter. Das ändert sich seit einigen Jahren. Die Bedeutung von Vätern für die frühkindliche Erziehung wird mehr und mehr als wichtig erachtet. Ich freue mich, dass ich in dem Kontext auf immer mehr Väter im Kita- und Schulalltag stoße.

Kompetenzen



B & E 2 | 2013

Mütter und Väter haben unterschiedliche Perspektiven auf ihre Kinder, die immer mehr Bildungseinrichtungen einholen wollen. Das heißt, im Aufwind von Gender-Mainstreaming, Elterngeld und Partnermonaten tut sich langsam etwas und verkrustete Geschlechterstereotype brechen ein Stück weit auf. Daher gilt es im institutionellen Erziehungsalltag Männer stärker als Erziehende wahrzunehmen, sie beim Bringen und Abholen bzw. bei Elternabenden stärker einzubeziehen. Ich wünsche mir da zum einen mehr Reflexionsangebote und methodische Fortbildungen für das Personal im Kita- und Schulbereich, die institutionell und individuell helfen, blinde Flecken in geschlechtersensibler pädagogischer Arbeit mit Eltern und natürlich mit Kindern besser „auszuleuchten“.

Zum anderen brauchen wir mehr Informationsangebote über die Bedeutung von Vätern für die psychosoziale Entwicklung ihrer Kinder, die Väter ermuntern, sich stärker an die Zusammenarbeit mit Kita und Schule zu gewöhnen. So gibt es Studien, die belegen, dass Kinder sich schneller in eine Kita eingewöhnen, wenn dieser Prozess vom Vater als vertrauter Bezugsperson begleitet wird. Als Hintergrund wird hier vermutet, dass es Vätern leichter fällt, ihre Kinder loszulassen als Müttern. Bedeutsam sein macht Mut und Lust sich zu engagieren!

Zusammenarbeit wird von allen Seiten als unverzichtbar betont. Wann ist die Zusammenarbeit zwischen Eltern und der Schule gut? Was ist Vätern da wichtig?

Transparenz, Offenheit und gegenseitige Wertschätzung sind hier ganz wichtig. Das sind zentrale Voraussetzungen, um sich klar über die Situation des Kindes bzw. die der Klasse austauschen zu können. Vätergerechte Elternarbeit sollte Vätern ebenso wie Müttern einladende Angebote machen, z. B. im pädagogischen Alltag zu hospitieren, um Eindrücke vom Tagesablauf ihres Kindes zu bekommen. Um Väter aktiver in die Elternarbeit einzubeziehen ist zudem wünschenswert, über andere Formen der Elternarbeit nachzudenken. Die klassischen Elternabende ergänzende Väter- und Mütterabende könnten z.B. ein Weg sein, Väter gezielt anzusprechen.

Was geht gar nicht?

Die Väter zu ignorieren oder sie zum Beispiel nur als Übermittler von Botschaften an die Mütter zu benutzen: „Sagen Sie der Mutter bitte,...“ , das geht überhaupt nicht. Guter Standard sollte sein, Mütter und Väter immer direkt anzusprechen und einzuladen – gerade beim Übergang von der Kita in die Schule.

Eltern wird regelmäßig vorgeworfen, sie verschieben ihre Erziehungsverantwortung zunehmend in die Bildungseinrichtung. Was ist dran aus Ihrer Sicht?

Da ist was dran. Viele Eltern trauen sich nicht Grenzen zu setzen und zu riskieren, dass ihre Kinder sie auch einmal „blöd“ finden. Begrenzen ist dann ganz unpopulär. Hier wird das Bemühen um das Wohl des Kindes meines Erachtens oft mit Freundschaft zwischen Kind und Eltern verwechselt. Aber als Elternteil bin ich nicht der Kumpel meines Kindes und mein Kind hat auch das Recht, sauer auf mich zu sein und notwendige liebevolle Begrenzung als störend zu empfinden. Das Problem hat nichts mit grundsätzlichem Erziehungsunwillen zu tun, sondern zeigt die Verunsicherung, mit der viele Eltern kämpfen. Das Kindeswohl wird völlig zu Recht sehr groß geschrieben, die öffentlichen Diskurse darüber können aber auch verunsichern, sodass Eltern das Vertrauen in die eigenen Kompetenzen abhandeln können. Und genau diese gilt es zu stärken. Anstatt also den zugespielten Ball der begrenzenden Erziehungsverantwortung allein anzunehmen, wäre hilfreich, wenn Kitas und Schulen ein Selbstverständnis „niederschwelliger Erziehungsberatung“ entwickeln und Eltern in ihrer Fähigkeit zu liebevoller Begrenzung unterstützen – Angebote, die sich an Mütter wie Väter gleichermaßen richten sollten. Veranstaltungen wie Elternabende könnten dann auch dazu dienen, dass Eltern sich untereinander moderiert über ihre unterschiedlichen Erziehungsstile austauschen. Auch hier könnte es ein Gewinn sein, gezielt auf die Väter zu setzen, denen auch in aktuellen Debatten um „Väterlichkeit“ eher der Part der Begrenzung zugeschoben wird – ein Stereotyp, das man sich vielleicht zunutze machen kann.

Für das Gespräch bedankt sich Mira Futász.



Ich bin eine Vollblut-Teilzeit-Mutter!

Daniela Jansen

Als ich im April 2012 zur SPD-Kandidatin für die Landtagswahl aufgestellt worden bin, fragte mich ein Journalist: „Wie machen Sie das denn jetzt mit den Kindern?“ Meine Antwort: „Würden Sie einen männlichen Kandidaten dasselbe fragen?“ brachte ihn zumindest in Verlegenheit. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: ist das eigentlich eine Frauenfrage oder nicht vielmehr eine Familienfrage?!

Die Erwerbsquote der Frauen in NRW ist zwar in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, bleibt jedoch mit 66 % an vorletzter Stelle im Vergleich aller Bundesländer. Beinahe jede zweite Frau arbeitet in Teilzeit, und dies nicht immer aus freien Stücken: „Bei den Frauen würden rd. 235.000 aller Teilzeitbeschäftigten (13,6 %) lieber einer Vollzeittätigkeit nachgehen“.¹

Warum also tun diese Frauen das nicht? Ist es wirklich der Wille, sich der Familie und den Kindern zu widmen? Die unzureichenden Kinderbetreuungsangebote? Oder spielen gesellschaftliche Normen und der Begriff „Rabenmutter“, mit der arbeitende Mütter sich manchmal (auch unausgesprochen) konfrontiert sehen, die entscheidende Rolle?

Vergleiche mit unseren europäischen Nachbarn zeigen das Dilemma: In Frankreich gehen viele Frauen auch mit kleinen Kindern einer Vollzeit-Beschäftigung nach. Der Grund dafür: „In Frankreich wird die Erwerbstätigkeit von Müttern gezielt gefördert. Ein stimmiges Gesamtkonzept zieht sich durch verschiedene Politikbereiche wie Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Bildungspolitik und die finanzielle Unterstützung von Familien.“²

Ist also die Politik maßgeblich verantwortlich für eine erfolgreiche Berufstätigkeit von Müttern und Vätern? Sind fehlende Betreuungsplätze der Hauptgrund dafür, dass eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie so selten gelingt? Die wenigen Politikerinnen oder Managerinnen mit (kleinen) Kindern müssen sich oft anhören, dass sie mit ihren finanziellen Möglichkeiten diese Probleme nicht haben. Sie können eine Kinderfrau und weitere Haushaltshilfen beschäftigen, was die Mütter, die im Schichtdienst im Krankenhaus, an einer Schule oder an einer Supermarktkasse arbeiten, nicht können. Aber auch diese vermeintliche Lösung des Problems greift zu kurz: zum einen arbeiten trotzdem nicht alle kinderlosen Frauen in Vollzeit-Führungspositionen, zum anderen hat die heftige Diskussion um Anne-Marie Slaughter gezeigt, dass Frauen in Top-Positionen eben nicht alles mit der Frage der Kinderbetreuung lösen können.

„Warum Frauen noch immer nicht alles haben können“ war der Titel ihres Textes über das Spannungsverhältnis von Mutterschaft und Karriere im letzten Jahr. Die Politikprofessorin gab ihren Job als erste weibliche Chefin des Planungsstabs im US-Außenministerium auf, weil sie aus ihrer Sicht ihren Beruf und ihre Aufgaben als Mutter nicht vereinbaren konnte. Und das war keine Frage allein der Kinderbetreuung, denn ihr Mann kümmerte sich um die Kinder im Teenager-Alter. Sie verzichtete nach zwei Jahren auf den fordernden Job und kehrte aus Washington zurück – wohlgemerkt, nicht an den heimischen Herd, sondern an die Universität.³

Ihre Forderung: die Arbeitswelt müsse sich ändern, damit nicht immer nur von Müttern erwartet werde, zugunsten der Kinder zurückzustecken. Als Landtagsabgeordnete habe ich den Vorteil, mir meine Termine zumindest in meinem Wahlkreis frei einteilen zu können. Gebunden bin ich nur an die festen Termine in Düsseldorf, und auch das sind nicht wenige. An zwei Tagen in der Woche bin ich von morgens bis abends im Landtag, in Plenarwochen werden daraus vier Tage. An den Plenartagen habe ich oft genug einen 12-Stunden-Tag ohne Pause, dafür mit höchster Aufmerksamkeit und Präsenz in den Debatten, Gesprächen am Rande des Plenums mit Besuchergruppen, Vertretern aus Organisationen, Verbänden und anderen interessierten Bürgerinnen und Bürgern. An diesen Tagen werden meine fünfjährigen Kinder von einer Kinderfrau aus der KiTa abgeholt. Wir haben das Glück, eine sehr liebevolle Frau gefunden zu haben, die mit den Kindern spielt und tobt, backt und vorliest und sie abends ins Bett bringt, bevor mein Mann und ich nach Hause kommen.

glückliche Kinder



B & E 2 | 2013

13

Zwei Tage pro Woche sind „Aachen-Tage“. Ich nehme Wahlkreis-Termine wahr und kann meine Zwillinge selbst in den Kindergarten bringen und abholen. Ich gönne mir den Luxus, drei Stunden ausschließlich mit den Kindern zu verbringen: wir gehen auf den Spielplatz, in den Tierpark, in unseren Garten. Bei schlechtem Wetter gehen wir Eis essen, wir basteln oder spielen, nehmen andere Kinder mit zum Spielen und backen Waffeln – Dinge, die andere Teilzeit-arbeitende Mütter oder Hausfrauen ebenfalls machen. Mit dem Unterschied, dass ich mich in diesen Stunden ausschließlich den Kindern widmen kann, ohne im Hinterkopf die Wäsche, den Haushalt oder Chauffeur-Dienste zu anderen Freizeit- und Sportaktivitäten zu haben. Auch Telefon und E-Mails sind in dieser Zeit tabu. Die Kinder ermahnen mich streng, wenn das vergessen wird: „Mama, der Esstisch ist Handyfreie-Zone!“ Daran halte ich mich umgehend und wir spielen noch eine Runde Memory oder Labyrinth. Ich muss mich oftmals verteidigen für mein Lebensmodell, manchmal auch vor meiner eigenen Familie. Wenn ich an einem Mittwochmorgen vom Taxi zum Bahnhof gebracht werde, um drei Tage durchgehend in Düsseldorf zu bleiben, winken mir die Kinder aus dem Fenster nach. Und wenn der Taxifahrer vorwurfsvoll fragt, ob ich denn nicht am Abend wieder zurück sei, die Kinder seien ja noch klein und bräuchten ihre Mutter – dann ist es wieder da, das schlechte Gewissen. Selbst die Beruhigung, dass die Kinder ja auch einen Vater haben, der sich ebenfalls sehr liebevoll um die beiden kümmert, zählt nicht: „Kinder brauchen ihre Mutter“.

Und dennoch bin ich mit meiner Situation sehr zufrieden. Ich liebe meinen Beruf, ich arbeite gern viele Stunden am Stück und weiß die Kinder gut betreut. Wir haben uns bewusst für eine frühe Betreuung ab dem ersten Geburtstag in einer Kindertageseinrichtung entschieden, weil wir überzeugt davon sind, dass sich die Kinder dort optimal in Bezug auf Sozialverhalten, Sprache und motorische Förderung entwickeln können. In den Schul- bzw. Parlamentsferien bin ich durchgängig für meine Familie da, ich kann mir meine politischen Termine selbst einteilen und habe somit Möglichkeiten, die Mütter und Väter im Einzelhandel, in der Bäckerei, im Büro, am Fließband oder in Schule oder Kindergarten nicht haben. Auch die Beschäftigten im Bildungssektor sind Mütter und Väter, müssen ihre eigene unterrichtsfreie Zeit mit den Betreuungsangeboten ihrer Kinder koordinieren. Und deshalb müssen wir nicht nur zu einem Ausbau der Kinderbetreuung kommen, die selbstverständlich die beste Qualität für unsere Kinder bietet.

Wir müssen den Familien die Möglichkeit bieten, ihre Zeiteinseln zu schaffen und wahrzunehmen. Dazu gehören nicht nur bekannte Formen der Telearbeit und flexible Arbeitszeitmodelle. Auch die Devise „kein Meeting nach 16 Uhr!“ und Serviceangebote von Arbeitgebern für ihre Beschäftigten, z. B. Ferienspielangebote sowie Notfallbetreuung im Krankheitsfall sind wichtige Maßnahmen. Während der Eltern- und Erziehungszeit sollten sich Mütter und Väter die Zeit nehmen, die sie brauchen, um sich an die Situation als Familie oder größerer Familie zu gewöhnen, aber nach der Elternzeit gilt es: keine allgemeinen Wiedereinstiegskurse, sondern ein „Wiedereinstiegsszenario“ passgenau für Beschäftigte und Arbeitgeber vor jedem Ausstieg wegen Elternzeit zu entwickeln. Das kann zum Beispiel die Benennung einer Kontaktperson sein, die darüber informiert, welche Weiterbildungsinhalte oder technischen Neuerungen interessant sind und welche neuen Team-Strukturen es gibt. Zu diesem Szenario gehört auch die Entwicklung eines Arbeitszeitmodells, das mit den Betreuungsmöglichkeiten bei Tagesmutter, Kindertageseinrichtung oder familiärer Betreuung abgestimmt werden kann und vieles mehr. Für diese Modelle und viele weitere Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit ist die Politik, und so auch ich ganz persönlich, mit verantwortlich.

Je zufriedener Mutter oder Vater im Beruf und mit ihrer allgemeinen Situation sind, desto glücklicher sind auch die Kinder. Und das ist es doch, was uns alle umtreibt in unseren Bemühungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

¹ Arbeitsmarktreport NRW 2011, Sonderbericht: Situation der Frauen am Arbeitsmarkt, GIB NRW, November 2011

² Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland und Frankreich, Angela Luci, Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2011

³ „Frauen zahlen einen Preis für ihre Karriere“, Hans Monath, Tagesspiegel, 19.03.2013

Daniela Jansen, 35 Jahre alt, verheiratet, Mutter von Zwillingen, Landtagsabgeordnete aus Aachen, seit Mai 2012 im Landtag Nordrhein-Westfalen



Wie der Staat in der Familienpolitik Millionen in ein reines Gewissen investiert – und doch noch immer an überholten Weltbildern scheitert *Gisela Kirschstein*

Gerhard Schröder nannte sie „Gedöns“, Ursula von der Leyen machte sie nonchalant-lächelnd zur Nebenaufgabe der erfolgreichen Karrierefrau, und Kristina Schröder degradierte sie zur Privatsache – die Familienpolitik. Deutschland wählt im Jahr 2013, und Wahljahre sind Versprechungsjahre. Also hagelt es jetzt Programme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Steuererleichterung für Eltern, egal ob mit oder ohne Trauschein? Förderprogramme für Mütter im Job? Nein?

Deutschland im Jahr 2013 ist ein seltsam orientierungsloses Land. Die Familienpolitik ist zwar in aller (Politiker-) Munde, Deutschlands Frauen aber verweigern sich hartnäckig dem Gebären: die Geburtenquote pro Frau liegt bei 1,3 Kindern, das ist in Europa ganz hinten. Und in der Politik wächst zwar die Erkenntnis, dass hier wohl irgendetwas schief läuft – nur was?

Im April wurde die Nation aus ihrer dumpfen Ratlosigkeit aufgescheucht: Deutschlands Kinder – „reich, aber unglücklich!“ So titelten es die Zeitungen und natürlich brach gleich darauf der Widerspruch los: Unsere Kinder, materiell gut versorgt, bildungstechnisch wieder topp, dazu auch noch friedfertig – was sei denn daran falsch?!? Der Abstand zu anderen Ländern in Europa – minimal! Das dürfe man doch nicht so negativ auslegen!

Das Kinderhilfswerk Unicef hatte eine Vergleichsstudie zwischen 29 europäischen Ländern zum Thema Kinder-gesundheit veröffentlicht. Und neben so soliden Faktoren wie Wohnsituation, Bildungsstand und Gesundheit hatten sie es gewagt, noch ein kleines Detail einfließen zu lassen: die Frage, wie zufrieden seid ihr Kinder?

Die gute Nachricht: Deutschland kam insgesamt auf Platz sechs. Nur bei der Frage nach der Zufriedenheit der Kinder mit ihrem eigenen Leben, da rutschte Deutschland um stolze 16 Plätze nach hinten – auf Rang 22.

Deutschland im Jahr 2013, das ist ein gespaltenes Land. Nicht etwa entlang der Grenzen von Arm und Reich, nein, der eigentliche Graben verläuft zwischen zwei Welten: der Debattenwelt und der Realität. In der realen Welt hetzen Eltern von der Arbeitsstelle zur Kinderkrippe, um nur ja rechtzeitig die Sprösslinge einzusammeln. In der realen Welt suchen Mütter verzweifelt und vor allem vergeblich einen Krippenplatz, um wieder arbeiten gehen zu können. In der realen Welt bleiben Frauen ohne Kinder, weil sie sonst ihren Beruf an den Nagel hängen könnten. In der realen Welt herrscht echter Mangel.

In der Debattenwelt geben sie Studien in Auftrag. Da gibt es den „Monitor Familienleben“ des Allensbach-Instituts, die „Vorwerk-Familienstudie“, die AOK-Studie zur Familien-Gesundheit, eine Studie des Bundesfamilienministeriums. Und was fing die Familienpolitik der Bundesregierung mit den neuen Erkenntnissen an? Richtig: nicht viel.

CDU-Ministerin Kristina Schröder war zwar die erste Ministerin in Deutschland, die im Amt ein Kind bekam – politische Erkenntnisse zog sie daraus aber wenige. Als gäbe es keine Probleme für berufstätige Mütter da draußen, verdrängte Kristina Schröder eisern die Mutterrolle ins Private und beharrte darauf, sie sei ja nichts Besonderes. In der Politik war das Private aber immer auch politisch. Ursula von der Leyen hat das verstanden, und deshalb als Bundesfamilienministerin die Karte der siebenfachen Mutter gespielt. Es war ein Trumpf, der stach. Kristina Schröder nutzte ihren Trumpf nicht, und so blieb ihre Familienpolitik im Debattensand stecken: Großelternzeit, Familienpflegezeit, die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz – Flops, gescheiterte Projekte, ungelöste Baustellen. Familienpolitik 2013 – ein Stiefkind?

Warum das so ist, könnte eine weitgehend (zu Recht) unbekannte Studie der Robert-Bosch-Stiftung aus dem Jahr 2006 zum Wirtschaftsfaktor Familie erklären: Würde das „Unternehmen Familie“ besser genutzt, hieß es da, könnten 60.000 Arbeitsplätze entstehen. Viel besser kann man es nicht auf den Punkt bringen: Familie in Deutschland wird nicht gemessen an Glück, Entspannung, Spaß, nein: Familie hat ein Hort der Produktivität zu sein, gemessen in Arbeitsstunden, Leistungs-Output und vor allem dem erwirtschafteten Geld. Damit werden Status, Ansehen und wiederum Erfolg erkaufte.

Die Suche nach der Formel für das Familienglück

Und so passt es auch, dass für Familien in Deutschland zwar enorm viel Geld ausgegeben wird, weil Geld ja angeblich die beste Maßeinheit für Erfolg ist. 200 Milliarden Euro gibt der Staat für Familien aus, jedes Jahr wohl gemerkt. Eine gigantische Summe, die sich auf so unterschiedliche Posten wie Kindergeld, Elterngeld, Tagesbetreuung, Erziehungshilfen und Zuschüsse zu Krankenversicherungen verteilt. Doch zu helfen scheint das alles nichts: Die Zahl der Kinder unter 18 Jahren sank von 15,2 Millionen im Jahr 2000 auf 13 Millionen im Jahr 2011. Selbst Experten des Bundesfamilienministeriums befanden, das Geld verpuffe weitgehend wirkungslos. Schöner drückte es eine Mutter in der realen Welt aus: Manchmal, schrieb sie auf „Eltern.de“, habe sie das Gefühl, das alles sei „nur eine Art Ablasszahlung.“

Allein das Ehegattensplitting kostet pro Jahr 19,8 Millionen Euro. Gezahlt wird es aber an alle Verheirateten, ob mit oder ohne Kinder. Leben Eltern ohne Trauschein, aber mit Kindern zusammen, haben sie das Nachsehen. Auch Alleinerziehende oder gar gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern haben davon – nichts. In der realen Welt aber leben längst Partner aus unterschiedlichen Ehen mit Kindern zusammen, was dann „Patchwork“, Flickwerk, heißt. Eine Familie im Sinne des Gesetzes dürfen sie nicht sein, darauf beharren die konservativen Politiker in der Debattenwelt.

Nun hat die Politik das Thema entdeckt und will „statt der Ehe Kinder fördern“ (Grüne), oder das Ehegattensplitting gleich ganz streichen (SPD). Selbst die CDU will nun auch unverheiratete Eltern begünstigen, nicht aber gleichgeschlechtliche Paare, während die FDP von einem „modernen Familienbild“ schwärmt. Doch der Überbietungswettbewerb der Wahl-Versprechen geht wieder einmal am eigentlichen Problem vorbei: Ehegattensplitting und andere Leistungen fördern weiter die Abhängigkeit der Frau vom alleinverdienenden Mann, und man fragt sich, wieso das im Jahr 2013 sinnvoll sein sollte. Fachkräftemangel, Frauen in Führungspositionen – nur Begriffe aus der Debattenwelt?

In der Realität, so berichtete gerade die Zeitschrift „Eltern“, wünschen sich stolze 38 Prozent, dass Mann und Frau beide 30 Stunden die Woche arbeiten und sich gleichberechtigt um Haushalt und Kinder kümmern – ein wahrhaft revolutionärer Wert. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles schlägt, ob Zufall oder nicht, genau ein solches 30-Stunden-Modell für Eltern vor.

Die Widerstände in der realen Welt sind groß – Leben können so derzeit nur magere sechs Prozent. Bei 57 Prozent der Eltern sorgt der Mann für das Einkommen, während die Frau Teilzeit arbeitet und sich vorrangig (!) um Haushalt und Kinder kümmert. 16 Prozent leben immer noch im alten Alleinverdiener-Hausfrau-Modell.

Deutschland im Jahre 2013 – das sind nicht nur unglückliche Kinder. Die Mehrheit der berufstätigen Väter hätte gerne mehr Zeit für ihre Kinder – die Mehrheit der Mütter hingegen gerne mehr Zeit für sich selbst. Das bringt uns zurück zur Unicef-Studie. Dort galt als Messwert für die Zufriedenheit das Verhältnis zu Klassenkameraden, Müttern und Vätern. Und während deutsche Kinder zu 77,9 Prozent ihre Klassenkameraden „nett und hilfsbereit“ fanden und 81,5 Prozent mit der Mutter gut reden zu können – fanden nur 64,5 Prozent es einfach, mit dem Vater zu reden.

Es war dieser letzte Wert, der Deutschland im Ranking so abstürzen ließ, und es war irgendwie typisch deutsch, das zu übersehen. Denn gerade Väter leiden seit Jahren darunter, zu viel arbeiten und viel zu oft fern der Familie sein zu müssen. Die Zeitschrift „Eltern“ schrieb dazu: „In vielen Jobs verdichtet sich die Arbeit. Und diese zunehmende Ökonomisierung des Lebens passt nicht zu einem Familienalltag mit kleinen Kindern. Die nämlich werden auch 2013 zehn- bis zwölfmal im Jahr krank.“

Und so wird aus der Formel „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ in der Realität die Anpassung der Familie an die Bedürfnisse des Erwerbslebens. Die großen Verlierer der „Ökonomisierung“ der Familie aber sind zwangsläufig die Frauen. Denn wer in einer ökonomisierten Wirtschaft mit den Faktoren Zeit und Produktivität nicht mithalten kann, verliert im Poker um die Arbeitsplätze. Frauen verlieren, weil sie nicht unendlich Zeit haben, bis die Krippe schließt, weil sie ausfallen, wenn die Kinder krank sind – und weil sie so auf keinen Fall bis in die Aufsichtsräte vorstoßen. So werden Rollenverteilungen zementiert, so können die Parteien ihre ideologisch motivierten Schützengräben hüten, während die Flagge einer modernen Familienpolitik nur zaghaft über den Reihen weht. Familienpolitik in Deutschland im Jahr 2013 bleibt damit, wie einst die FAZ schrieb: „Mit Kindern nicht vereinbar.“

Vielleicht hört ja doch noch einer auf den Ruf der Realität: Wenn es eine „richtige Reform“ gebe – schrieb eine Mutter auf Eltern.de –, gute Betreuungsplätze, Flexibilität für die Eltern und mehr Toleranz von Gesellschaft, Kollegen und Chefs – „wenn so was geregelt wäre, kommt die Lust am Kinderkriegen von ganz allein!“

Gisela Kirschstein, Freie Journalistin
gisela.kirschstein@gmx.de

Internationaler Gipfel zum Lehrerberuf 2013

Die Anforderungen an den Lehrerberuf im Hinblick auf die Verbesserung des Unterrichts standen im Mittelpunkt des 3. Internationalen Gipfels zum Lehrerberuf, der am 14. und 15. März erstmals in Europa, in Amsterdam, stattfand. Auf Einladung von Education International (EI), OECD und des niederländischen Bildungsministeriums diskutierten Bildungsminister der „G20“ und die entsprechenden Gewerkschaftsspitzen, 150 Lehrerinnen und Lehrer sowie Bildungspolitiker, was nötig ist, um eine hochwertige Unterrichtsqualität zu gewährleisten und die dafür nötige Lehrerprofessionalität zu sichern.

Drei Gesichtspunkte wurden beleuchtet:

- 1) Wie definieren Politiker, Bildungsfachleute und die Gesellschaft die „Lehrerqualität“? Welche Standards sind von wem gesetzt?
- 2) Wie wird die Lehrerqualität evaluiert? Welche Systeme gibt es und wie ist ihre Ausführung?
- 3) Wie trägt Evaluation zur Schulentwicklung und zur Wirksamkeit der Lehrkräfte bei? Welche Wirkung auf Lehren und Lernen kann von der Evaluation der einzelnen Lehrkraft erwartet werden?

Die Frage, wie Lehrkräfte evaluiert oder beurteilt werden, betrifft zentral die Professionalisierung der Lehrkräfte und das Lernen der Schüler. Obwohl in vielen Ländern Regelbeurteilung und Evaluation selbstverständlich sind, misstraut eine hohe Anzahl der Betroffenen den Überprüfungssystemen und ihrer Zielsetzung. Die große Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter war sich einig, dass Evaluation der Unterrichtsentwicklung und der Professionalisierung der Lehrerinnen und Lehrer dienen muss und nicht zum Ranking führen darf. Interne Evaluation, gegenseitige Hospitation, Fachgespräche haben Vorrang vor externer Evaluation. Dafür ist vor allem Zeit zur Verfügung zu stellen. Bei der Entwicklung der Evaluationssysteme sollten die Bildungsministerien mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Zum Abschluss der Tagung benannten die Länderdelegationen (Regierungsvertreter und Gewerkschaften gemeinsam) drei Primärziele für die kommenden zwölf Monate. Die KMK war vertreten durch ihren Generalsekretär Udo Michallik, der VBE durch die stellvertretende Bundesvorsitzende Gitta Franke-Zöllmer und Gerhard Brand vom geschäftsführenden Vorstand.

Die deutsche Delegation (KMK, GEW, VBE) verwies auf die Schwerpunkte:

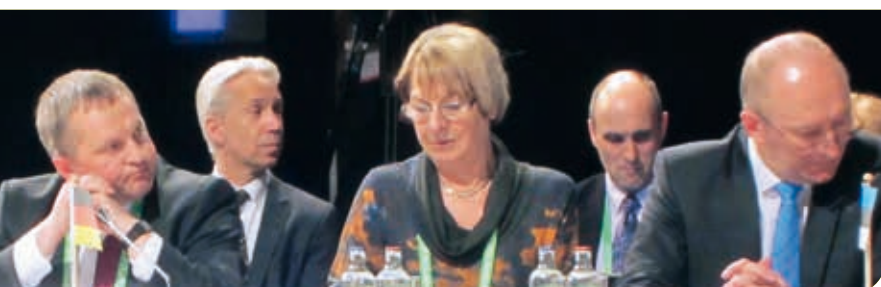
- verstärkte Fokussierung auf die Lehrerbildung,
- Schulevaluation in Verbindung mit effektiven Unterstützungssystemen für Schulleitung und Lehrkräfte,
- Entwicklung umfassender Lehr- und Lernstrategien mit allen Beteiligten für die „Underachiever“.

Von Gewerkschaftsseite wurde in Amsterdam unterstrichen, dass in Deutschland der nationale soziale Dialog Bildung zwischen Arbeitgebern und Bildungsbeschäftigten ausgebaut werden müsse. Verglichen mit anderen Ländern stehe Deutschland damit ganz am Anfang.

Chance für bessere Lehrerbildung

Von 2014 an wird der Bund in einem Zeitraum von zehn Jahren insgesamt 500 Millionen Euro an die Länder geben, um die Qualität der Lehrerbildung zu verbessern. Das beschloss am 12. April die gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern und gab damit nach einjährigem Hickhack grünes Licht für die Qualitätsoffensive Lehrerbildung. „Der VBE begrüßt es, dass die Qualitätsoffensive Lehrerbildung nun endlich unter Dach und Fach ist“, betonte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann. „Das ist eine große Chance, den Stellenwert der Lehrerbildung an den Universitäten aufzuwerten. Allerdings muss dabei gesichert werden, dass die Universitäten diese Mittel tatsächlich nur für die Lehrerbildung einsetzen. Die unterschiedliche Umsetzung der Bologna-Reform in den Ländern führte zu einem qualitativen Auseinanderdriften der Lehrerausbildung. Die Stringenz der Studiengänge zur gezielten Aneignung der Profession eines Lehrers muss mehr ins Blickfeld der Universitäten rücken.“ Die neue Offensive stehe aber auch dafür, dass Bund und Länder als Kontrahenten agierten. Besonders ärgerlich sei, dass das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot Politik durch Feilschen ersetze.

Der VBE unterstützte die Qualitätsoffensive von Anfang an. Im Gespräch mit der zuständigen Fachabteilung des Bundesbildungsministeriums brachte sich der VBE in die konkrete Ausgestaltung einer Qualitätsoffensive für die Lehrerbildung ein.



90. Geburtstag von Wilhelm Ebert

Am 6. Mai wurde Wilhelm Ebert 90. Er gehört zu den Gründervätern des VBE-Bundesverbandes und war von 1979 bis 1993 dessen Bundesvorsitzender. Wilhelm Ebert ist VBE-Ehrenmitglied und Ehrenpräsident des bayrischen VBE-Landesverbandes BLLV.



In seiner Grußadresse betonte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann, als leidenschaftlicher Pädagoge habe Wilhelm Ebert bis heute dem Lehrerberuf, der Schule, dem Begriff von Bildung seine Maximen im besten Sinne zugemutet. Den Verband Bildung und Erziehung habe er dauerhaft geprägt. Ebenso bedeutsam sei Wilhelm Eberts Engagement auf internationalem Parkett, sein Wirken für eine starke UNESCO, sein Einsatz als höchster Repräsentant des Weltverbandes der Lehrerorganisationen (WCOTP, der 1994 in der Bildungsinternationale EI aufging) für eine starke und solidarische Weltlehrerbewegung sowie sein Beitrag, die Erziehungswissenschaften aus dem Elfenbeinturm zu holen und allen Lehrerinnen und Lehrern eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung an Universitäten zu eröffnen. Der Verband Bildung und Erziehung sehe sich dieser Tradition zutiefst verpflichtet.

Wilhelm Ebert schrieb sein Leben für eine pädagogische Schule auf. Der Erinnerungsband „Wilhelm Ebert. Im Spannungsfeld von Wissenschaft, Weltanschauung und Politik“ erschien im Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn.

Egbert Jancke wurde 80



Egbert Jancke, seit 1958 Mitglied im VBE und 1974 zum Bundesvorsitzenden des VBE gewählt, beging im Februar seinen 80. Geburtstag. Udo Beckmann gratulierte im Namen des VBE-Bundesverbandes und würdigte den Jubilar als VBE-Urgestein. Egbert Jancke sei als VBE-Bundesvorsitzender für einen starken und solidarischen VBE auf Bundesebene eingetreten und habe maßgeblich dazu beigetragen, dass es diesen VBE bundesweit gibt. VBE-Ehrenmitglied Egbert Jancke erwarb sich durch sein jahrzehntelanges Engagement für die Berliner Schule und für die Interessenvertretung der Lehrerinnen und Lehrer auf nationaler und internationaler Ebene hohes Ansehen.

Deutscher Schulleiterkongress 2014



Deutscher Schulleiterkongress

Der nächste Deutsche Schulleiterkongress „Schulen gehen in Führung“ findet vom 13. bis 15. Februar 2014 im Düsseldorfer Kongresszentrum CCD Süd statt. Die Veranstalter VBE und Carl Link Verlag/Wolters Kluwer erwarten erneut bis zu 2.000 Schulleiterinnen und Schulleiter aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Schwerpunkte des Kongressprogramms sind: Erfolgreiches Lernen in heterogenen Lerngruppen, Schule der Zukunft, Unterrichts- und Schulentwicklung – Hauptgeschäft der Schulleitung, Führung und Führungspersönlichkeit. Auch 2014 wird der Kongress erneut Plattform für internationalen und nationalen Erfahrungsaustausch schulischer Führungskräfte sein. Anmeldung und Frühbucherrabatt unter www.deutscher-schulleiterkongress.de

Baden-Württemberg

Schule ist kein Wunschkonzert

„Natürlich wünschen sich Eltern einen möglichst hohen Bildungsabschluss für ihre Kinder“, bestätigt Gerhard Brand, Vorsitzender des VBE Baden-Württemberg, die Aussage des Kultusministers zu den Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen. Aber so mancher Vater würde auch gerne einen Porsche fahren und ist heilfroh, wenn er wenigstens die Raten für den Volkswagen abstopptern kann.

„Der Kultusminister setzt die hohen Übergangszahlen bereits mit dem Erreichen des Bildungsabschlusses der gewünschten Schulart gleich“, kritisiert Brand die euphorischen Worte aus dem Ministerium. Auch bisher haben nicht alle Fünftklässler auf den weiterführenden Schularten wirklich bis zum Abschluss durchgehalten. Um wie viel höher erst müsse die Abbrecherquote durch den Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung ausfallen, fragt der VBE-Chef voller Sorge.

„Die Vielfalt von Schülern mit Schwierigkeiten nimmt zu, die Lehrer aber werden mit den Problemen im Stich gelassen“, moniert Brand. Natürlich wünschen sich Eltern für ihre Kinder den bestmöglichen Schulabschluss. Vor diesem Abschluss stehen aber fünf, sechs, acht oder neun arbeitsintensive Jahre. Ganz gleich, ob die Kinder eine Hauptschule, eine Realschule, ein Gymnasium oder eine Gemeinschaftsschule besuchen: durch den Übertritt auf diese Schulart ist der Abschluss noch nicht garantiert.

Wer weiterhin eine hohe schulische Qualität haben möchte, darf bei den Leistungsanforderungen keine Abstriche machen, unterstreicht Brand und fordert das Kultusministerium auf, alle Schulen so mit Lehrerstunden auszustatten, dass kein Schüler durchs Raster fällt.

www.vbe-bw.sw

Bayern

Mit Aktionismus werden Probleme nicht gelöst

Der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Klaus Wenzel, hält die Diskussion um ein acht- oder neunjähriges Gymnasium für nicht Ziel führend. „Jetzt wird wieder eine quantitative Diskussion geführt, anstatt die dringend erforderliche qualitative“, sagte er in München. Solange das Kultusministerium keine grundlegende Reform des missglückten G8 wagt, sei die Gefahr zudem groß, dass die Debatte aus dem Ruder laufe. Er warf dem Kultusminister vor, mit allen Korrekturen am G8 lediglich aktionistisch zu agieren und zielsicher die wesentlichen Fragen auszuklammern.

Der BLLV fordert eine ehrliche Bestandsaufnahme der tatsächlichen Probleme. „Es darf nicht sein, dass während eines Landtagswahlkampfes Tatsachen geschaffen werden, die zulasten der Lehrer und der Schüler gehen.“ Das sei keinesinnvolle Reformpolitik.

Vom „Flexibilisierungsjahr“ hält Wenzel nichts: „Es handelt sich hier um einen weiteren ‚Rettungsversuch‘, der zum Scheitern verurteilt ist. Ich vermute, dass es kaum beansprucht werden wird.“ Vielmehr sei eher damit zu rechnen, dass das Flexibilisierungsjahr noch mehr Unruhe an den Schulen auslöse. „Auch die Belastung der Lehrerschaft wird sich weiter erhöhen.“

Dem bayerischen Gymnasium könne nur geholfen werden, wenn es sich für tiefgreifende Reformen öffnen dürfe. „Dazu gehört u. a. eine Neudefinition des überholten Lern- und Leistungsverständnisses und ernstzunehmende Maßnahmen für mehr individuelle Förderung aller Schüler. Beides lässt sich aus dem Sammelsurium der kürzlich vorgestellten Ideen des Kultusministeriums nicht erkennen.“

www.bllv.de

Berlin

Nun rächt sich die Nichtverbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer

Der VBE Berlin sieht sich in seiner Forderung, die Berliner Angestellten Lehrerinnen und Lehrer zu verbeamen, bestätigt. Nun erfährt der Senat von Berlin, hier besonders der Regierende Bürgermeister, Herr Wowereit, welche Konsequenzen die nur ideologisch begründete Nichtverbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern haben kann. Leidtragende sind leider die Berliner Schülerinnen und Schüler.

www.vbe-berlin.de

Hessen

Gleiche Arbeit verlangt gleiche Entlohnung

Zurückhaltend positiv hat der Landesvorsitzende des VBE Hessen, Helmut Deckert, auf die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamte des Landes Hessen reagiert. „Ein Wermutstropfen bleibt die Verweigerung der Einzahlungen“, so Deckert weiter, „aber die gehalts- und pensionswirksamen Elemente wurden übernommen. Das ist anzuerkennen. Zugleich fallen wir nicht hinter die Situation in anderen Bundesländern zurück.“

Besonders wichtig für Deckert ist auch, dass die Versorgungsempfänger nicht abgekoppelt wurden.

„Das wäre nicht zu vermitteln gewesen.“

„Ich erwarte“, so die Forderung Deckerts

an die Landesregierung, dass sie die erneute Sonderbelastung der Beamtinnen und Beamten an anderer Stelle, etwa bei der Arbeitszeit, honoriert. Schließlich haben wir die höchste Arbeitszeit der Republik und tragen auch damit zur Entlastung des Landeshaushaltes bei.“

Die Übertragung erscheint dem Landesvorsitzenden auch deshalb wichtig, weil es keine Arbeit erster und zweiter Klasse je nach Beschäftigtenstatus gebe. Gerade im Schulbereich verrichteten Tarifbeschäftigte und Beamte gleiche Arbeit. Da sei auch eine Gleichbehandlung bei der Entlohnung zu erwarten. „Beamte sind nicht die Sparschweine des Landes“, so der VBE-Landeschef.

www.vbe-he.de



Niedersachsen

Bund soll sich bei schulsozialarbeit weiter engagieren!

„Auch der VBE Niedersachsen unterstützt die Bundesratsinitiative der nordrhein-westfälischen Landesregierung über das Jahr 2013 hinaus Geld für Schulsozialarbeiter/-innen bereitzustellen. Angesichts der nationalen Aufgabe der Inklusion und im Hinblick auf die langfristige Unterstützung vor allem von Schulen in einem schwierigen sozialen und ethnografischen Umfeld ist dies eine gemeinsame zukunftssichernde Aufgabe,“ sagte Gitta Franke-Zöllmer, Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in Niedersachsen: „Der VBE erwartet angesichts der schwierigen Haushaltslage der Kommunen und der im Koalitionsvertrag anvisierten notwendigen Ausweitung der Schulsozialarbeit insbesondere auch an Grundschulen entsprechende Signale aus der niedersächsischen Landesregierung!“

Die Bundesmittel die im Rahmen des Bildungspakets dafür zur Verfügung standen, sollen 2013 eigentlich auslaufen. „Es kann doch nicht sein, dass sich der Bund aus dem Projekt, das sich nachweislich bewährt hat, zurückzieht“, macht Gitta Franke-Zöllmer klar, „Maßnahmen werden angeschoben, erfolgreich genutzt und dann trotzdem eingestampft – das hat nichts mit Nachhaltigkeit und verantwortungsvoller Bildungspolitik zu tun.“

Die Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket hatte unter anderem zum Ziel, die Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungschancen zu entkoppeln. „Von diesem Ziel verabschiedet sich die Bundesregierung, wenn das Projekt nicht fortgeführt wird“, befürchtet die VBE-Landesvorsitzende.

Nordrhein-Westfalen

Landesregierung muss endlich verlässliche und ausreichende Rahmenbedingungen schaffen

„Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif – das muss der Landesregierung endlich klar werden“, sagt Udo Beckmann, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) NRW, „dennoch hat sie es mit dem aktuellen Gesetzentwurf zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention versäumt, verlässliche und ausreichende Rahmenbedingungen zu schaffen.“

Außerdem fehle im 9. Schulrechtsänderungsgesetz weiterhin ein Stufenplan, wie die Inklusion (das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht-behinderten Kindern) erfolgreich an die Schulen gebracht werden soll. „Bisher ist von Verlässlichkeit nichts zu sehen – diese ist aber dringend nötig, wenn alle Kinder zu Gewinnern der Inklusion werden sollen“, appelliert Beckmann. Deswegen sei es nicht nachvollziehbar, warum die Landesregierung keine verbindliche Zeitschiene aufführt, die die einzelnen Schritte bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen inklusiven Platz in einer Regelschule (Schuljahr 2014/2015) deutlich aufzeigt. „Nur wenn wir sehen, wann was mit welchen Ressourcen passieren soll, bekommen Kinder, Eltern und Lehrer die Planungssicherheit, die sie brauchen“, so Beckmann, „Zur Verlässlichkeit gehört auch eine umfassende Kostenschätzung.“

Außerdem müsse die Landesregierung ihre Personalanforderungen erneut überdenken: „2.000 Lehrer mehr bis 2017 – das ist ganz schön sportlich“, befürchtet Beckmann, „nach unseren Berechnungen reicht die angegebene Zahl bei Weitem nicht aus, um das Projekt zum Gelingen zu bringen.“ Die personellen Anforderungen seien mit der ‚Sonderpädagogischen Nachqualifikation‘, die seitens des Landes läuft, allein nicht zu stemmen. Auch die heute vorgestellte Allensbach-Studie mache deutlich, dass die Realität noch weit davon entfernt ist, Inklusion erfolgreich an die Schulen zu bringen, stellt Beckmann klar: „Die Lehrer merken jeden Tag aufs Neue, dass es Nachholbedarf bei Fortbildungen gibt und dass die räumlichen Gegebenheiten an den Schulen der UN-Behindertenrechtskonvention nicht gerecht werden.“

www.vbe-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Gleichstellung der Lehrer: VBE wird Berufung vor dem OVG unterstützen

„Die jetzt mitgeteilte Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Koblenz, die Klage einer vom VBE unterstützten Hauptschullehrerin auf Gleichstellung mit ihren Realschulkollegen an einer Realschule plus abzuweisen, wirft uns nicht zurück in unserem Bemühen, die Gleichstellung der Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen plus in der Besoldung weiter anzustreben. Das Verwaltungsgericht hat die Berufung gegen die Entscheidung zugelassen, also wird der VBE auch seine weitere Unterstützung in dem Verfahren anbieten.“

Mit dieser ersten Stellungnahme äußerte sich der Landesvorsitzende der Lehrgewerkschaft VBE, Gerhard Bold, zu der Ende April vom Verwaltungsgericht Koblenz mitgeteilten Entscheidung im Klageverfahren einer Hauptschullehrerin auf Gleichstellung mit ihren Realschulkollegen an einer Realschule plus (Verwaltungsgericht Koblenz, Urteil aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 11. April 2013, 6 K 992/12.KO). Das Verfahren war vom VBE Rheinland-Pfalz gemeinsam mit der Interessengemeinschaft der Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer (IGHL) unterstützt worden.

Der VBE-Landeschef: „Die Begründung des Gerichts ist sehr formal ausgefallen, und nimmt aus unserer Sicht wesentliche Argumente der sozialen Gleichstellung nicht auf. Vielmehr stellte es auf ein Dienstrecht ab, das die Schulreform für die Lehrkräfte nicht nachvollzieht. Wir werden das Urteil genau prüfen und uns dann auf den weiteren juristischen Weg machen. Auf den ersten Blick enthält nach unserer Auffassung das Urteil auch sachliche nicht richtige Darstellungen, sodass die Entscheidung von der nächsten Instanz überprüft werden sollte.“

Der VBE-Landesvorsitzende kündigte an, dass der VBE auch weiter auf schulpolischem Feld für die Gleichstellung der Lehrkräfte kämpfen werde. „Aus unserer Sicht bleibt es ein soziales Unrecht, wenn an den gleichen Schulen bei gleichen Schülern in den gleichen Klassen gleiche Arbeit geleistet wird, diese aber unterschiedlich bezahlt wird. Diese absurde Situation muss die Politik interessieren. Wir werden nicht locker lassen!“

www.vbe-rp.de



Burnout-Kur
Psychosomatik
Depression
Rücken
Abwehr
Essstörungen



NaturaMed[®]
Vitalclinic

Ursachendiagnose
Schnupper- und
Seniorenwoche

beihilfefähig

0 75 24 . 990 - 222
 88339 Bad Waldsee
naturamed.de
akutklinik.de

**Attraktive
 Pauschalangebote!**

NaturaMed  ...wir bringen sie wieder in Schwung!

Saarland

SLLV warnt vor einer „Inklusions-Euphorie“

Vor allzu großer Euphorie bei der Integration bzw. Inklusion von Kindern mit Förderbedarf in Regelschulen hat der Saarländische Lehrerinnen- und Lehrer-Verband (SLLV) gewarnt. Nackte Zahlen seien noch längst kein Beweis dafür, dass „Inklusion im Saarland an Fahrt aufgenommen“ habe, wie die Bertelsmann-Stiftung verlauten ließ. Davon könne frühestens dann die Rede sein, wenn solche Maßnahmen mindestens ausreichend personalisiert seien und die Hauptarbeit der Integration bzw. Inklusion nicht mehr – wie bisher – von den Klassenlehrerinnen bzw. -lehrern geleistet werden müsse, meint die größte Interessen-Vertretung der Lehrer/-innen im Saarland.

www.vbe-sllv.de

Thüringen

Sitzenbleiber: Thüringer Schülern wird individuelle Förderung vorenthalten

Ein Schuljahr zu wiederholen kostet einen Schüler 12 Monate Zeit – und den Freistaat Thüringen jede Menge Geld. Dabei ist die erzieherische Wirkung heftig umstritten. Seit einem Jahr gibt es in Thüringen bei drei Klassenstufen kein Sitzenbleiben mehr. Jedoch kommt das eingesparte Geld nicht wie versprochen den eigentlich versetzungsgefährdeten Schülern zugute. Rolf Busch, Landesvorsitzender des tlV thüringer lehrerverbandes, hält dies für einen Skandal.

Für rund 3.500 „Sitzenbleiber“ im Schuljahr 2007/2008 gab der Freistaat Thüringen etwa 23,5 Millionen Euro aus. Dies ist eins von vielen Ergebnissen der Studie „Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam“, durchgeführt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Thüringen entschied sich 2011 für einen Kompromiss: Seit der Reform der Schulordnung gibt es das Wiederholen der Klassenstufen drei, fünf und sieben nicht mehr.

Der tlv thüringer lehrerverband (tlv) hat nun die Berechnungen der Studie weitergeführt und kommt zu folgendem Ergebnis: „Wir gehen von bis zu 6 Millionen Euro aus, die durch das Abschaffen des Sitzenbleibens und der damit verbundenen geringeren Stundenzuweisungen eingespart werden“, erklärt Rolf Busch, tlv-Landesvorsitzender. Diese Summe sollte eigentlich der individuellen Förderung von Schülern dienen, damit es gar nicht erst zur Versetzungsgefahr kommt. „Genau das ist aber leider nicht der Fall“, kridet Busch an. „Offensichtlich ist der Begriff der ‚individuellen Förderung‘ eine leere Worthülse, die nur von ungebremsten Sparmodellen ablenken soll. Als Unterstützung versetzungsgefährdeter Schüler stehen diese Stunden jedenfalls nicht mehr zur Verfügung.“

Die individuelle Förderung versetzungsgefährdeter Schüler führt nur dann zum Erfolg, wenn alle Beteiligten gut vorbereitet sind und die notwendigen Gelder zur Verfügung stehen. Die Frage nach dem Sinn und Unsinn des Sitzenbleibens ist nicht einfach mit Ja oder Nein zu beantworten. „Wird das Sitzenbleiben abgeschafft, muss gleichzeitig darüber nachgedacht werden, wie wir stattdessen zukünftig mit betroffenen Schülern umgehen – das ist der Kern des Themas“, betont Busch. „Dass die eingesparten Stunden einfach wegfallen oder die eingesparte Summe in andere Projekte fließt, ist schlichtweg ein Skandal.“

www.tlv.de



B&E

Bildungspolitisches Magazin
des Verbandes Bildung
und Erziehung (VBE)

Redaktion:

Hjalmar Brandt (br), verantwortlich
Mira Futász (fu)
Matthias Kürten (kue)
Gast und Mitarbeit: Jutta Endrusch

Redaktionsanschrift:

Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Redaktion B&E
Behrenstraße 23/24, 10117 Berlin
T. 030-726 19 66 0, F. 030-726 19 66 19
www.vbe.de, be@vbe.de

B&E wird herausgegeben vom
Verband Bildung und Erziehung (VBE),
Behrenstraße 23/24, 10117 Berlin

Bundesvorsitzender: Udo Beckmann

Titelfoto: Jan Roeder

Fotos: Jan Roeder (2–3, 5, 7, 11, 13, 19,
20–21, 23); Ostermann (9);
Hjalmar Brandt (17);
VBE-Archiv 17; Karikatur: BECK (24)

Gestaltung & Bildbearbeitung:

www.typoly.de
(Inken Greisner & Theres Weishappel)

Anzeigenverwaltung und Herstellung:

Gebrüder Wilke GmbH,
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm,
Telefon 0 23 85 / 4 62 90-0

B & E erscheint viermal im Jahr.

Mitglieder des VBE erhalten die Zeitschrift als Verbandsorgan, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Mitglieder richten Bestellungen an die Redaktion.

Bestellungen für Nichtmitglieder an:
VBE-Bundesgeschäftsstelle,
Behrenstraße 23/24, 10117 Berlin.
Die offizielle Meinung des VBE geben nur gekennzeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen Organe des VBE wieder.

Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung unverlangt zugesandter Bücher und deren Besprechung bleibt vorbehalten. Nachdrucke nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden.

ISSN 1869-2788

Redaktionsschluss für Heft 3/2013:
17. Juni 2013

Die Kehrseite



Verband Bildung und Erziehung

VBE